

Nummer 7 - Januar 2009

ATTACTUELL

DIE DEUTSCHSPRACHIGE ZEITUNG VON ATTAC SCHWEIZ

Herausgegeben von: attac schweiz, rue des Savoises 15, 1205 Genf, www.schweiz.attac.org

Das Andere Davos 2009: die fetten Jahre sind vorbei – Reparatur oder Systemwechsel in Zeiten der Krise?

Zum neunten Mal organisiert attac Schweiz am 30. Januar 2009 die internationale Konferenz Das Andere Davos, die Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum (WEF).

Der Fokus richtet sich dieses Jahr auf zwei wichtige Akteure des globalisierten Finanzkapitalismus: Einerseits auf das multinationale Unternehmen Nestlé, welches durch die Spionageaffäre in der Schweiz und die Machenschaften in Ländern des Südens die Aufmerksamkeit immer wieder auf sich richtet. Andererseits auf die Akteure des Finanzkapitalismus. Wie entstand die Krise, welche Auswirkungen hat sie auf den globalen Süden, welche Spezifika lassen sich für die Schweizer Situation erkennen, und vor allem: welche Alternativen können wir gemeinsam von unten entwickeln?

Das WEF findet dieses Jahr in einem speziellen Kontext statt. Die so genannte Finanzkrise ist, ausgegangen von der US-Hypothekenkrise, mittlerweile auf der ganzen Welt spürbar. Die UBS, weltweit der grösste Vermögensverwalter und Top-Anbieter im Investment Banking und im Private Banking, hat bis heute über 50 Milliarden Franken abgeschrieben und weltweit 6000 Stellen abgebaut. Ohne das von SteuerzahlerInnen finanzierte Rettungspaket von 68 Milliarden hätte der globale Finanzkonzern den Konkurs riskiert. Die gleichen Leute, die immer gepredigt haben, dass der „freie Markt" ohne Staat alles besser kann, machen jetzt bei demselben Staat die hohle Hand. Sie zeigen uns, worum es tatsächlich geht: Privatisierung der Gewinne und Kollektivisierung der Verluste.

Die Krise der Banken und Kreditgeber schlägt nun heftig auf die Realwirtschaft. So bettelt die ganze Automobilindustrie um öffentliche Gelder, damit ihre Produktion weitergeführt werden kann. Tausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Nebst den Entlassungen im Banksektor werden in unmittelbarer Zukunft weitere Branchen die Krise zu spüren bekommen. Als Sofortmassnahmen werden die Verträge der Teilzeit- und TemporärarbeiterInnen nicht mehr verlängert. Doch die Reaktion der Regierungen der kapitalistischen Länder zielt nicht auf die Absicherung der Lohnabhängigen. So wurde in der Schweiz die Reduktion der Renten der zweiten Säule entschieden, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung sollen gekürzt und die Beitragszeit erhöht werden. Schul- und Studienabgänger sollen künftig 260 Tage warten, bis sie Anspruch auf Taggelder haben.

Die mächtigen Konzerne, die den „freien Markt" kontrollieren, machen was sie wollen. Sie werden dabei von den herrschenden Eliten weltweit unterstützt. Doch gegen das neoliberale Projekt der globalen Enteignung gibt es Widerstand, weltweit, auch in der Schweiz.
In der siebten Ausgabe von ATTACTUELL drucken wir Texte von AutorInnen ab, die zur Krise geschrieben haben und uns inhaltlich nahe stehen. Dies mit dem Ziel, die vielfältigen Folgen und Probleme, welche die Krise mit sich zieht, aufzugreifen und eine Diskussion zu lancieren, um Alternativen zum globalisierten Finanzkapitalismus gemeinsam zu entwickeln.

Das Andere Davos findet am 30. Januar 2009 ab 15h30 im Kongresshaus in Zürich statt. Programm und weitere Infos: www.otherdavos.net

Detailliertes Programm auf der letzten Seite

The Other
L'Autre
Das Andere
L'Altro
Davos

Die Rettungspläne für verschiedene Privatbanken in den kapitalistischen Gesellschaften haben eine längst überwunden geglaubte Frage wieder aufgeworfen: Muss der Staat die Banken und somit das Finanzsystem regulieren oder würde nicht eher eine Verstaatlichung die Bedürfnisse der Menschen decken? Wir drucken hier einen Beitrag von Michel Husson ab, erschienen in Sozialistische Zeitung (November 2008).

Die bisherigen Rettungspläne retten nur die Profite der Banken

Eine Kritik nur der Finanzmärkte greift zu kurz. Sie sind unauflöslich mit dem Gesamtsystem des Kapitalismus verbunden. Am Tag nach der Bekanntgabe des europäischen Rettungsplans sind die Börsenkurse wieder hochgeschnellt – um in den Tagen darauf wieder abzusacken. Das bedeutet, die Spekulanten haben begriffen, dass die Finanzkrise nunmehr von einer Rezession abgelöst wird. Die enormen Summen, die den Banken in Form von Krediten oder Beteiligungen («Verstaatlichungen») zur Verfügung gestellt wurden, haben nicht gereicht, die Finanzmärkte zu beruhigen. Das Debakel hat mindestens einen positiven Effekt gehabt: Es hat auf lange Sicht die Vorstellung diskreditiert und in Luft aufgelöst, die Deregulierung würde zu einem optimalen Funktionieren der Finanzmärkte führen. Abgesehen von einigen Unbelehrbaren, kennen die Verfechter der grenzenlosen Liberalisierung derzeit nur noch einen Satz: Man muss diesen verrückt gewordenen Finanzmarkt regulieren. Damit haben sie Recht und geben sie den Globalisierungskritikern Recht, die seit langem das wuchernde Wachstum des Finanzkapitals kritisieren. Normalerweise haben die Banken eine Mittlerrolle: Sie transformieren kurz gesagt kurzfristige Anleihen in langfristige Kredite. Ihre Rolle hat sich aber verändert, sie sind zu aktiven Akteuren auf immer spekulativeren Finanzmärkten geworden. Was an Regulierung übrig geblieben ist, konnten sie durch mit Hilfe hochkomplexer und schwer kontrollierbarer Techniken umgehen. Am Ausgangspunkt der Subprimekrise steht der perverse Mechanismus der Verbriefung von Krediten, der den Banken erlaubt, sich von zweifelhaften Krediten zu trennen, indem sie sie mit anderen mischen und sodann als Wertpapier verkaufen. Somit werden die Risiken, die mit den Forderungen verbunden sind, in Umlauf gebracht und tauchen in der Bilanz nicht mehr auf. Die Banken umgehen auf diese Weise die aufsichtsrechtlichen Vorschriften, die von ihnen einen gewissen Anteil an Eigenkapital verlangen. Die Regulierung verlangt, dass die Finanzmärkte zu einem «normalen» Funktionieren zurückkehren. In der Diskussion sind Massnahmen betreffend die Hebelwirkung, mit welcher der Betrag, über den ein Finanzinstitut anfänglich verfügt, vervielfacht werden kann; die Finanzderivate, welche komplexe Terminkäufe und -verkäufe ermöglichen; die strikte Trennung zwischen Geschäftsbanken und Investmentbanken; die Standards für die Rechnungsführung; die aufsichtsrechtlichen Vorschriften; die Steueroasen. Zu jedem dieser Punkte gibt es, auch seitens einer Reihe von Finanzexperten, seit langem technische Vorschläge.

Strukturelle Eingriffe vermeiden

Das Problem besteht darin, dass die Kapitalisten gar keine Lust haben, reale Massnahmen zu ergreifen, nicht mal partielle oder provisorische. Weil nämlich das Finanzwesen unlöslich mit dem «produktiven» Kapitalismus verbunden ist und die Unterscheidung zwischen unternehmendem Kapitalismus und Finanzkapitalismus, wie sie von verschiedenen Politikern gemacht wird – u.a. von Sarkozy – unmöglich ist. Die Profite der einen wie der anderen beruhen auf einer gemeinsamen Grundlage, das ist die tendenzielle Steigerung der Mehrwertrate. Sie haben deshalb gemeinsame Interessen, und es ist kein Zufall, dass der US-amerikanische Finanzminister Henry Paulson vorher Generaldirektor bei Goldman Sachs war. Bestenfalls sind sie bereit zu einigen Massnahmen, die den goldenen Rettungsschirm einschränken (wie die Gehälter der Vorstände), aber damit reagieren sie nur auf einen offenkundigen, aber relativ zweitrangigen Skandal, um zu vermeiden, dass strukturelle Einschnitte vorgenommen werden. Es ist keine Unterstellung: Weder in Paulsons Plan noch im europäischen Plan findet sich irgendetwas, was den Banken eine striktere Reglementierung auferlegen würde – als Gegenleistung für die öffentliche Hilfe, die ihnen zuteil wird. Die «Verstaatlichungen» sind partiell oder vorübergehend; damit sollen die Banken wieder flott gemacht und bei ihren Umstrukturierungen unterstützt werden; einmal saniert, werden sie wieder den Privaten überlassen. Das Ziel dieser «Rettungspläne» ist die Wiederherstellung der Profite der Banken, formulierte ein französischer Bankexperte, dem keine antikapitalistischen Neigungen nachgesagt werden können. Der einzige Weg, eine wirkliche Regulierung der Banken durchzusetzen, besteht in der vollständigen Verstaatlichung der Banken und Versicherungen. Es geht hier nicht um Maximalforderungen, sondern darum, dass die gegenwärtige Situation eine kohärente Antwort braucht. Nur eine Verstaatlichung, die nicht partiell ist und nicht beschränkt auf die vorübergehende Übernahme der Finanzinstitute durch den Staat, ermöglicht wirklich, «die Bücher zu öffnen», die Überkreuzforderungen zu konsolidieren, mehr als nur Verluste zu verstaatlichen und die Opfer des Subprime-Betrugs zu schützen, statt die Profite der Banken. Die aktuelle Krise zeigt, dass der Schutz der privaten Finanz in die soziale Katastrophe führt. Daraus muss man Schlussfolgerungen ziehen: Das Kredit- und Versicherungswesen ist eine öffentliche Dienstleistung. Es muss daher in den Dienst der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse gestellt werden, und das erfordert eine demokratische Verwaltung.



Michel Husson ist Ökonom und Mitglied der Fondation Copernic in Frankreich. Auf deutsch ist von ihm erschienen: «Der tendenzielle Anstieg der Ausbeutungsrate», in: Inprekorr März/April 2008, und: «Die Widersprüche der Globalisierung und die Konkurrenz Europa-Amerika», in: Angela Klein, Paul Kleiser (hg.), Die EU in neoliberaler Verfassung, Neuer ISPVerlag, Köln 2006. Er unterhält eine materialreiche Webseite: http://hussonet.free.fr/

>>> «Die Spielregeln ändern!» >>>

Die Mediengewerkschaft Comedia hat auf ihrer Homepage ein Interview mit Sébastien Guex publiziert. Der Geschichtsprofessor aus Lausanne durchleuchtet die aktuelle Krise aus einer historischen Perspektive und zeigt die Widersprüche unseres aktuellen Systems auf. Interview: Yves Sancey

Finanzkrise weltweit. Rezession im Anzug. Staat und Banken in Panik. Innert Kürze werden ohne demokratische Debatte astronomische Summen gesprochen. Um diese Krise und ihre Ursachen und Folgen besser zu verstehen und in einen historischen Zusammenhang zu stellen, haben wir mit dem Lausanner Geschichtsprofessor Sébastien Guex gesprochen.

«m»: Herr Guex, ist die aktuelle Finanzkrise vergleichbar mit derjenigen in den 1930er-Jahren?

Sébastien Guex: Ja, bei den massiven staatlichen Interventionen zur Rettung des Bankensystems. Allerdings mit einem sehr grossen Unterschied. Ein Akteur von damals ist heute praktisch abwesend: die ArbeiterInnenbewegung. In den 1930er-Jahren hat sie Lösungen als Alternativen zum Kapitalismus propagiert. 1934 hat beispielsweise der SGB eine «Kriseninitiative» lanciert, um die Banken, Kartelle, Trusts und Kapitalexporte durch die öffentliche Hand zu kontrollieren. Heute fordern SGB und SP, Boni und Gehälter der Bankmanager zu beschränken. Das ist sehr weit von einer angemessenen Antwort entfernt.

Die Boni zu beschränken, ist also keine gute Idee?

Das ist Augenwischerei. Es geht hier um die grösste Krise des Kapitalismus seit den 1930er-Jahren, den Beweis, dass der Kapitalismus ein System ist, das nicht funktioniert. Es ist eine Eins-zu-eins-Demonstration, dass die ganzen neoliberalen Phrasen, die wir seit Jahren zu hören bekommen – nämlich der Markt reguliere sich selbst, Kapitalismus bedeute Wachstum und Wohlstand für alle, je weniger Staat, desto besser gehe es uns – von A bis Z falsch sind.

Die BefürworterInnen dieses Systems haben also ein riesiges Ideologieproblem?

Das Editorial des «Economist» vom 18. Oktober 2008 bringt es auf den Punkt. Dort heisst es: «Langfristig wird vieles von der Frage abhängen, wem und was diese Katastrophe angelastet wird. Das ist eine wichtige intellektuelle Schlacht, die gewonnen werden kann und muss.» Alle bürgerlichen und Arbeitgeber-Ideologen bemühen sich zu beweisen, dass nicht der Kapitalismus schuld ist. Die Sache wird individualisiert und personifiziert, die Verantwortung gierigen Bankmanagern zugeschoben. Das steckt hinter der Frage rund um Boni und Riesengehälter. Diese sind zwar daneben, aber nicht die Ursache des Problems. Die Ursache für die Krise sind die Widersprüche im System. Die Spielregeln müssen grundsätzlich geändert werden.

Wo liegen diese Widersprüche?

Der grösste Widerspruch ist der, dass das kapitalistische System auf der Suche nach dem maximalen Profit beruht. Die wenigen Schranken, die in den 1930er-Jahren und im Zweiten Weltkrieg eingebaut wurden, sind in den letzten 30 Jahren abgebaut worden. In der Industrie haben wir einen relativen Lohnrückgang und damit einen massiven Übergang des Reichtums der Arbeitnehmenden auf die Arbeitgeber. Da alle Arbeitgeber die Löhne beschränken, entsteht ein Widerspruch, indem die Waren nicht mehr verkauft werden können. Deshalb wird das Kapital nicht mehr im produktiven, sondern im Finanzbereich mit höheren Profiten investiert. Dort werden Verschuldung und Spekulation gefördert, die das Problem der Lohnbeschränkung vorübergehend «lösen». Es bildet sich eine Finanzblase, die am Ende platzen muss, weil sie keinen Bezug mehr zur Realwirtschaft hat. Das ist der Mechanismus, auf dem praktisch alle Finanzkrisen beruhen.

Sie haben angesprochen, dass nun Verluste «sozialisiert» werden …

Der Staat ist nur da, um die Verluste zu sozialisieren, das heisst die Hauptaktionäre auf dem Buckel der arbeitenden Bevölkerung zu retten, dann wird er sich zurückziehen. Der Staat steigt nicht einmal vorübergehend bei der Bank ein. Die Wandelanleihe des Bundes von 6 Milliarden kann in Aktien umgewandelt werden, aber der Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung hat bereits in «Le Temps» vom 21. Oktober deutlich gemacht: «Für uns war immer klar, dass wir nicht direkt bei einer Bank einsteigen wollten.»

Was ist also zu tun?

Die Banken müssen sozialisiert werden, das heisst, das Kreditsystem muss in einen richtigen Service public umgewandelt werden, kontrolliert von der Kundschaft und der öffentlichen Hand. Die Idee mag utopisch erscheinen, ist es aber nicht. Das war grosso modo der Grundgedanke bei der Gründung der Kantonalbanken. Öffentliche Kreditanstalten zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region für die ganze Bevölkerung waren eine Forderung der Freisinnigen der 1840er-/50er-Jahre und der demokratischen Bewegung der 1860er-/70er-Jahre.

Was halten Sie von der Selbstregulierung der Banken?

Das ist ein Witz! Selbstregulierung heisst, dem Fuchs zu erlauben, seine Verhaltensregeln im Hühnerstall selbst festzulegen.

Was glauben Sie, wie es weitergeht?

Wir geraten in eine grosse Krise, für die wir mit Millionen Arbeitslosen, Lohnabbau, Sparplänen und damit weniger Sozialleistungen bezahlen. Und dann sind noch die Schuldendienste zu leisten, die wegen der Rettungspläne der Bankaktien explodieren werden. Die Steuern werden steigen, oder die Inflation wird dafür sorgen, dass die LohnempfängerInnen die Rechnung zahlen. Dann werden einige wenige Superbanken auftauchen. Und eine neue Krise in einigen Jahren, wenn die Spielregeln nicht geändert werden.

Die internationale Lebensmittelhilfe ist 2008 auf den tiefsten Stand seit 40 Jahren gefallen.

Etwas an dieser Krise ist besonders stossend. Innerhalb von ein paar wenigen Wochen haben die Regierungen zehntausend Milliarden Schweizer Franken locker gemacht, um ihre Banken zu retten. Die gleichen Regierungen, die uns seit Jahren sagen, es sei kein Geld da, wenn es um eine soziale Forderung für bessere Lebensbedingungen geht. Zur Lösung der zentralen Fragen weltweit – Hunger, Zugang zu Trinkwasser, kostenlose Grundbildung, gynäkologische Versorgung der Frauen, Bekämpfung aller behandelbaren Krankheiten und Pandemien – wären jährliche Investitionen von etwas mehr als 100 Milliarden Franken über zwölf Jahre nötig. Und nun wird innerhalb von ein paar wenigen Wochen weltweit auf völlig undemokratische Weise das Sechsfache davon ausgegeben.

Sebastien Guex ist ordentlicher Professor für Geschichte an der Universität Lausanne.

>>> Zum UBS-Rettungspaket >>>

Am Anderen Davos wird Mascha Madörin auf Fragen der Globalisierung der Schweiz eingehen und somit die aktuelle Krise aus Schweizer Perspektive durchleuchten. Hier drucken wir Ausschnitte aus einem Text zum UBS-Rettungsplan ab, erschienen am 13.11.2008 in der WoZ.

Was sagt uns der Bundesrat? Und was verschweigt er?

Unmissverständlich zeigt die bundesrätliche Botschaft zum «Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems», dass die Pleite einer Grossbank «katastrophale Konsequenzen für unsere Volkswirtschaft» hätte. Das liegt an den Dimensionen der Bankenriesen UBS und Credit Suisse (CS).

Sie verfügen über drei Viertel aller Aktiven des Schweizer Bankenmarkts. Beim Kreditmarkt haben die Grossbanken einen Anteil von 35 Prozent. Und die UBS allein verfügt über ein Drittel der Verbindlichkeiten auf dem inländischen Interbankenmarkt. Überträgt man die im Ausland gemachten Erfahrungen auf die Schweiz, dürfte eine schwere Bankenkrise hier fünfzehn bis dreissig Prozent des Bruttoinlandsprodukts kosten, also rund 75 bis 150 Milliarden Franken. Langfristig würde eine derartige Krise gar einen Wachstumsverlust von 300 bis 1500 Milliarden verursachen.

Ginge die UBS bankrott, wären rund 128 000 kleine und mittlere Unternehmen und, inklusive PrivatkundInnen, insgesamt drei Millionen Konten davon betroffen. Damit wären auch Lohnzahlungen von einem Viertel der Beschäftigten in der Schweiz gefährdet, weil diese über die UBS abgewickelt werden.

Die bundesrätliche Botschaft stellt dar, in welch schwieriger Situation sich die UBS Ende September befand. Der Bundesrat findet dafür einen rührenden Begriff: «Zustand wachsender Verwundbarkeit».

Unbrauchbare Gesetze

Die Botschaft zeigt, dass die schweizerische Gesetzgebung für eine Krise wie die aktuelle nicht gewappnet ist. Über etliche Seiten werden juristische Drehungen dargelegt, um zu zeigen, dass die unbrauchbaren Gesetze eingehalten wurden. Und, was den bürgerlichen Parteien und Bundesrat Hans-Rudolf Merz sehr am Herzen liegen dürfte: Es wird akribisch argumentiert, dass die UBS-Kapitalspritze in der Höhe von sechs Milliarden Franken als ausserordentliche Aufwendung gilt und die Bestimmungen über die Ausgabenbremse nicht verletzt, während mögliche Verluste (durch Kurszerfall der UBS-Aktien) über das ordentliche Budget verrechnet werden müssen. Die neoliberale Finanzdoktrin des Herrn Merz bleibt uns also erhalten. Falls die giftigen - sorry: «vorübergehend illiquiden» - Wertpapiere nach späterer Veräusserung nicht Gewinn abwerfen, wird der Verlust auf Kosten der öffentlichen Finanzen gehen: Die jährlichen Ausschüttungen der Nationalbank in der Höhe von 2,5 Milliarden Franken an Bund und Kantone werden ausfallen. Da gegenwärtig der Reservefonds für solche Ausschüttungen bei 22,5 Milliarden Franken liegt, wird es allerdings eine Weile dauern, bis es so weit ist.

Die Botschaft sagt nicht eindeutig, ob die Nationalbank ein Rückgriffsrecht auf die UBS hat, falls der spätere Verkauf der Wertpapiere ein Verlust wird. Dies auch, wenn es der UBS nach Ende der Laufzeit von acht bis zwölf Jahren wieder gut geht. Maximal geschätzte fünfzehn Prozent des gesamten Darlehens dürften durch Ansprüche der SNB auf UBS-Aktien gesichert sein.

Fehlende Weitsicht

Viele Regierungen reagieren mit dem Kauf von Bankenaktien, mit Garantien von Bankendarlehen oder von Kundengeldern auf die Finanzkrise. Damit ist aber ein fundamentales Problem der Finanzkrise nicht gelöst: Der Finanzsektor und seine KundInnen sitzen wie in einem Schneeballsystem auf unglaublich vielen wertlosen Wertpapieren. Die Frage ist deshalb: Wie kann Geld als Wertpapier im Wert von Hunderten Billionen vernichtet werden, ohne dass das Finanzsystem zusammenbricht? Und ohne dass klar wird, wer die Verluste letztlich trägt? Für die kommt vor allem die Wohnbevölkerung des jeweiligen Landes auf - sei es durch Verluste ihres eigenen Vermögens, Verluste der Pensionskassen, Verluste der öffentlichen Hand oder durch volkswirtschaftliche Verluste. Die ganze Botschaft vermittelt jedoch, dass es nur darum gehe, Zeit zu gewinnen und die Grossbanken zu stabilisieren. Danach könne man zum Courant normal zurückkehren und die toxischen Wertpapiere in einigen Jahren mit Gewinn verkaufen. Auch wenn man etwas anderes hoffen möchte: Die optimistische Perspektive der Botschaft ist illusorisch. Auf uns warten weitere böse Überraschungen und grosse Umbrüche des Finanzplatzes Schweiz. Die Welt der Finanzmärkte ausserhalb der Schweiz ändert sich rasch. Die öffentliche Debatte dreht sich bisher nur um das Binnenland Schweiz. Zu befürchten ist aber, dass dabei eine Debatte über die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz auf der Strecke bleibt.

Mascha Madörin war langjährige Mitarbeiterin bei Aktion Finanzplatz Schweiz.

> Tour de Lorraine >

Am 17. Januar 2009 findet wie alle Jahre die Tour de Lorraine in Bern statt. In 10 verschiedenen Lokalen dies- und jenseits der Berner Lorrainebrücke sorgen Bands und DJs die ganze Nacht für heisse Rhythmen und das mit einem einzigen Eintritt.

Kassenöffnung: 19 Uhr. Achtung: Tickets gibt es nur an drei zentralen Kassen: Bei der Reitschule, im Progr und beim Q-Hof (neben Kairo). Eintritt: 25 Fr. - Reduziert: 20 Fr. - Soli 30 Fr.

Mit dem Gewinn werden fortschrittliche politische und soziale Projekte unterstützt.

Detailliertes Programm:
http://www.tourdelorraine.ch/index.php?id=29



>>> Viele Krisen in einer >>>

Finanzkrise oder Krise des Kapitalismus? Elmar Altvater, Ökonom und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von attac Deutschland, erklärt, warum die Krise über eine Finanzkrise hinausgeht. Wir publizieren hier Ausschnitte aus einem Artikel, erschienen in der WoZ am 27.11.2008.

Die Finanzmarktkrise mit Geldspritzen zu bewältigen, heisst neue Krisen auslösen. Denn wer wird die Rettungspläne bezahlen – und wie?

Anfang Oktober schätzte der Internationale Währungsfonds (IWF) die Verluste durch die globale Finanzmarktkrise auf die ungeheure Summe von 1400 Milliarden US-Dollar. Die Bank of England stellte einen Monat später allein in den USA Marktverluste in der Grössenordnung von 1577 Milliarden US-Dollar fest. Im Eurogebiet kommen noch einmal 785 Milliarden US-Dollar und in England 127 Milliarden US-Dollar hinzu, dabei ist die Schweiz noch nicht einmal mitgezählt. All das summiert sich auf rund das Doppelte der IWF-Angaben vier Wochen zuvor und nahezu dreimal so viel wie die Verluste, die die Bank of England noch im April dieses Jahres schätzte (1150 Milliarden US-Dollar, im «Financial Stability Report» der Bank of England, Oktober 2008). In den immer dramatischer werdenden Meldungen zeigt sich, wie schnell sich die Lage zuspitzt; die Krise ist offenbar nur schwer unter Kontrolle zu bringen. Dazu sollen zwar die staatlichen Subventionen und Bürgschaften in Höhe von einigen Tausend Milliarden US-Dollar einen Beitrag leisten, doch ist der Erfolg ebenso ungewiss wie die zukünftige Belastung der SteuerzahlerInnen gewiss ist. Die Europäische Zentralbank (EZB) beziffert «mit grösster Schwierigkeit» die «fiskalischen Kosten der gegenwärtigen Finanzmarktturbulenzen» mit rund 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) im Eurogebiet; die «staatlichen Eventualverbindlichkeiten» freilich erreichen mehr als 2000 Milliarden Euro, und das wären 21 Prozent des BIP, wenn sie denn in Anspruch genommen werden (Monatsbericht der EZB, November 2008).

Man kann sich aussuchen, was grösseren Schrecken bereitet: Die astronomischen Verluste durch die globale Finanzmarktkrise und deren Verteilung mit Hilfe des Staates? Oder der Umstand, dass die Durchschnittstemperatur an den Polen um bis zu fünf Grad Celsius über dem langfristigen globalen Trend liegt? Der Klimakollaps ist ebenso bittere Realität wie die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Folgen sind mindestens so teuer wie die Finanzmarktkrise. Ein Fünftel des globalen Sozialprodukts kann, so der viel zitierte Report von Nicholas Stern für die britische Regierung aus dem Jahr 2006, durch den Klimawandel verloren gehen. Stellt man ausserdem in Rechnung, dass nach FAO-Angaben 923 Millionen Menschen in der Welt Hunger leiden und dass die Energiekrise wegen der Begrenztheit der fossilen Ressourcen (Peak Oil) keineswegs vorüber ist, auch wenn sich infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise der Ölpreis im Herbst 2008 im Sinkflug befindet, versteht man, dass selbst das einer kritisch-emanzipatorischen Weltsicht nicht verdächtige Weltwirtschaftsforum von Davos besorgt «globale Risiken» ausgemacht hat, die die menschliche Sicherheit gefährden. Die Finanzmarktkrise ist also nur Teil einer viel umfassenderen Krise der Energieversorgung, der Nahrungssicherheit, des Klimawandels. Die Krise ist systemisch und sie hat das Potenzial, die Weltordnung zu verändern.

Krise – Kollaps oder Jungbrunnen?

In der Geschichte kollabierten Gesellschaften bislang niemals, wenn sie in eine schwere ökonomische und finanzielle Krise gerieten, und daher ist das auch heute nicht zu erwarten. Viele Menschen haben in Finanz- und Wirtschaftskrisen viel verloren. Doch sind die ökonomischen Krisen auch eine Art «Jungbrunnen» des Systems, das (gemäss dem Ökonomen Joseph Schumpeter) durch «schöpferische Zerstörung» in den Krisen seine Herrschaftsbasis erneuert. «Die Krisen sind», so Karl Marx, «immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen...» (Marx-Engels-Werke 25, Seite 277) - bis zur nächsten Krise.

Bei Naturkatastrophen ist das allerdings anders, sie verursachen unwiderrufliche Veränderungen - zumeist Verschlechterungen - der Umwelt. In der bisherigen Menschheitsgeschichte sind infolge ökologischer Katastrophen regionale oder lokale Kulturen auf der Strecke geblieben; die Gesellschaften auf den Osterinseln verschwanden, die Kulturen der Maya oder der Inka auch. Auch in Zeiten der Globalisierung kann die Zuspitzung der Krisen bis zum globalen Kollaps von Klima, Energieversorgung, Biodiversität und daher der Produktion von Nahrungsmitteln nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Das wäre nicht nur ein bitterer monetärer Verlust wie in der Finanzmarktkrise, sondern die Zerstörung menschlicher Lebensbedingungen. Die Evolution würde einen Bruch erleiden und ganz anders, als wir es uns heute vorstellen, weitergehen.

Es ist keine Frage, dass die Industrieländer dafür hauptverantwortlich sind, dort befindet sich die «Mutter aller Krisen», das Konsum- und Produktionsmodell der kapitalistischen Metropolen. Es verlangt hohe Zuwachsraten der Produktivität, ist auf Massenproduktion und Massenkonsum ausgelegt und sorgt dafür, dass massenhaft Natur verbraucht wird: Rohstoffe, fossile Energie, Landflächen - und die Biodiversität wird durch Monokulturen beeinträchtigt. Zugleich sind die Industrieländer die Machtzentren der globalisierten kapitalistischen Welt und hätten daher das Potenzial, der systemischen Krise entgegenzusteuern - wenn denn die Eliten mitmachen würden. Doch sind sowohl die USA als auch die EU-Staaten und andere Industrieländer durch die globale Finanzkrise eingeengt. Das Geld ist ja eines der Medien des nationalstaatlichen und suprastaatlichen Interventionismus in Ökonomie und Gesellschaft. Viel Geld wird heute in das Finanzsystem gepumpt. Dieses fehlt dann für die Finanzierung von Massnahmen gegen den Hunger oder gegen den drohenden Klimakollaps. So beklagt die Hilfsorganisation Oxfam, die Industrieländer hätten die zugesagten zwölf Milliarden auf eine Milliarde US-Dollar zusammengestrichen. Mit diesem Betrag kann man gerade jedem hungernden Menschen einen US-Dollar zur Verfügung stellen. Hier wird gekleckert, bei der Bankenrettung hingegen geklotzt.

Wenn die Finanzkrise ein Aspekt einer systemischen Krise ist, ist zu ihrer Überwindung mehr verlangt als die Rettung von Bankhäusern, die sich mit «irrationalem Überschwang», wie dies Alan Greenspan nannte, verspekuliert haben. Vor allem ist darauf zu achten, dass die Art und Weise der Rettung nicht auf Kosten der Natur und der Zukunftschance der Menschen geht.

Elmar Altvater ist emeritierter Ökonomieprofessor und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von attac Deutschland.

An dieser Nummer haben sich beteiligt: Marco Büchel, Maurizio Coppola, Michel Pellaton, Peter Streckeisen, Karin Vogt

Die so genannte Finanzkrise hat nicht nur Auswirkungen auf den globalen Norden, sondern strahlt auf den globalen Süden aus. Aus globalisierungskritischer Perspektive ist es von höchster Wichtigkeit, die Veränderungen im Süden zu verstehen. Wir übernehmen hier einen Artikel von Yash Tandon, der am 8. Oktober 2008 im dailytimes-nigeria abgedruckt wurde.

Die von den USA geführte, schuldenfinanzierte globale Wirtschaft ist am Zerfallen. Welche Lektionen können die Politiker und Führungskräfte des globalen Südens aus dem Finanzkollaps des westlichen Kapitalismus lernen?

Die erste Lektion ist sicher, dass im Gegensatz zu den herrschenden Überzeugungen der Markt keine sich selbst korrigierenden Mechanismen besitzt. In der gegenwärtigen Krise beobachten die „Marktmacher" nervös von der Tribüne aus, wie der US-Kongress und die Politiker sich zusammentun, um zu beratschlagen, wie die Banken zu retten wären.

In unzähligen Berichten und politischen Empfehlungen von „Experten" des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) sowie von Politikern des Nordens wurden den Politikern und Führungskräften des Südens vorgeschrieben, dass sie ihre Wirtschaften gefälligst dem Markt zu unterwerfen hätten.

Noch am 9. Februar dieses Jahres sagte der EU-Handelskommissar Peter Mandelson in Cambridge, wenn der Süden seine Märkte nicht liberalisiere, müsste er durch Anwendung der Reziprozitätsregeln der WTO dazu gezwungen werden. Das ist Teil der neoliberalen Rhetorik.

„Wenn Firmen bankrott gehen, lass es zu. Jedwede staatliche Intervention oder Abfedern von Härtefällen ist zu vergleichen mit der Pflege sterbender Patienten. Im Lauf der Zeit werden die Länder ihre „Nische", ihren Vorteil in der globalen Produktions- und Handelskette finden.

Wenn die Menschen in der Zwischenzeit leiden, muss man ihnen klar machen, dass dies notwendige Anpassungsschmerzen sind. Wenn Millionen von Kleinbauern der Lebensmittel- und Baumwollproduktion im Süden untergehen, weil der „freie Markt" weitere Liberalisierung des globalen Markts fordert, dann ist das für sie und ihre Familien eben Pech. Diese Logik wird nun paradoxerweise auf den Kopf gestellt, wenn es darum geht, die monolithischen Finanzinstitute des Nordens zu retten und die Arbeitsplätze und Hypotheken derer zu schützen, die, ohne dass sie was dafür konnten, Opfer der Krise um die Subprime-Hypotheken wurden.

Die zweite Lektion der Finanzkrise ist, dass Menschen doch eine Bedeutung haben. Während der US-Wahlen zeigte sich, dass Menschen, die so lang ignoriert wurden, plötzlich wieder zählten. Es gibt allerdings einen wichtigen Unterschied zwischen dem Norden und dem Süden. Im Norden warten die Menschen bis zur nächsten Wahl, im Süden gehen sie sofort auf die Strasse. Im Norden warten sie wie passive Beobachter darauf, dass Politiker und Banker ihr Schicksal entscheiden. Im Süden nehmen die Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände und bringen abrupte Regierungswechsel zustande (auch Militärcoups) oder sie stimmen mit ihren Füssen ab, migrieren in Nachbarländer oder in den Norden. Das sind Verallgemeinerungen, aber sie enthalten ein Kern Wahrheit. Menschen im Norden und im Süden leben unter unterschiedlichen Bedingungen und handeln im Rahmen dieser Bedingungen und der staatlichen Institutionen. Wenn der Norden vom Süden verlangt, dass er das Regierungssystem und die Demokratie des Nordens kopieren soll, dann bedeutet dies, historische Realitäten zu ignorieren.

Als dritte Lektion ist aufzuführen, dass die Krise dem kapitalistischen System inne wohnt. Walden Bello, führender Analyst von Focus on Global South, erklärt die gegenwärtige Finanzkrise mit der Überproduktion von Kapital und dem ungenügenden Konsum der Massen. Und das ist tatsächlich der Fall.

Auf der einen Seite werden grosse Mengen fiktiven Kapitals wie z.B. Collateral Debt Obligations (CDOs) angehäuft. (CDOs sind clevere Instrumente, die AAA-gesicherte- Anlagen mit wertlosen – oder „toxischen"- Papieren vermischen und als gesicherte Papiere gelten, welches die Grundlage der Subprime-Krise ist).

Andererseits, während die Eliten der Firmen Millionen verdienen (Goldmann-Sachs: 30000 Angestellte verdienten $ 600'000 im Jahr und sein Vorstandsvorsit-

---

Krise des Kapitalismus ohne Ende II:

Nach dem Schock – Finanzmarktkrise und Prekarisierung

Diskussionsveranstaltung von attac Basel mit Klaus Dörre und Ueli Mäder

Welche Auswirkungen hat die Finanzkrise auf die Arbeitswelt? Droht eine weitere Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie Zeit- und Leiharbeit, schlecht bezahlte und befristete Jobs mit ungewissen Zukunftsaussichten bzw. der Gefahr der Verarmung für eine Mehrheit der Lohnabhängigen? In welcher Form sind Gegenbewegungen als „Selbstorganisation der vermeintlich Unorganisierbaren" (Klaus Dörre/Tatjana Fuchs) möglich?
Wir laden euch alle herzlich ein, diese Fragen mit uns zu diskutieren.

Klaus Dörre ist Professor für Soziologie an der Universität Jena mit den Arbeitsschwerpunkten Industrie- und Arbeitssoziologie sowie Kapitalismustheorie. Zudem hat hat er zahlreiche Publikationen zum Phänomen der Prekarisierung verfasst.

Ueli Mäder ist Professor für Soziologie an der Universität Basel. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Soziale Ungleichheit sowie Konflikt- und Kooperationsforschung.

Zeit: Dienstag, 3. Februar, 18.30 Uhr
Ort: Universität Basel, Kollegienhaus am Petersplatz, Hörsaal 102

zender $68 Mio.), sind Millionen Menschen in den USA hoch verschuldet. Sie können sich keine zwei Mahlzeiten am Tag leisten, ihre medizinischen Rechnungen nicht begleichen, oder ihre Hypotheken nicht bedienen.

Neben der Überproduktion von Kapital und dem mangelndem Konsum der Massen ist die Tatsache, dass der Kapitalismus in seinem Wesen ein anarchisches System ist, eine der grundsätzlichen Ursachen der Finanzkrise. Adam Smiths unsichtbare Hand, in der Jedermanns Gier die Basis für das soziale Wohl ist, wirkt als Formel der Anarchie.

Schumpeter idealisiert den Kapitalismus als einen Prozess „konstruktiver Zerstörung". In der Geschichte zeigt sich indessen die tägliche, schreckliche Zerstörung menschlichen Lebens, der Kultur und der Umwelt (deren Ende noch nicht abzusehen ist), verursacht durch neoliberale Politik. Es ist ein fragwürdiges Kompliment für Adam Smith, dass seine Theorien in den unterschiedlichsten Ausformungen so langlebig sind, jetzt zum Ende in der Form des Neoliberalismus. Aber es ist nun an der Zeit, den Geist von Adam Smith zur Ruhe zu bringen.

Kein Weg führt zurück zum Neoliberalismus nach dieser Subprime-Krise und der Verstaatlichung der Banken und ihrer globalen Vermögen. Der Neoliberalismus ist tot oder stirbt einen langsamen Tod.

Die vierte Lektion ist die Erkenntnis, dass die Führungskräfte des Nordens und die Finanzkapitäne nicht mehr vorgeben, die Natur der Krise ganz zu verstehen. Sie gestehen, dass sie nicht wissen, welche Art von „wahrem Wert" mit aufgeblasenen Schulden behafteten kommerziellen Papieren (wie die CDO) zugrunde liegt.

Sie reden davon, «giftige» oder «verkrebste» Papiere aus dem System zu nehmen, aber niemand weiss, wie das geschehen soll. Niemand weiss wie der Körper von Krebszellen befreit werden kann. Der ganze Körper metastasiert. Mit anderen Worten: hier liegt eine Realitätsverkennung vor. Sie wissen es einfach nicht. Das alte Paradigma, das ihr Selbstverständnis bildete, ist zusammengebrochen.

Sie mögen das Unmögliche versuchen, um Zerbrochenes wieder zu reparieren (wie weiss niemand), aber das Krebsgeschwür wird sicher weiter wachsen. Das System steuert auf einen dramatischen Untergang zu.

Es gibt noch eine fünfte Lektion für die Führungskräfte des Südens: Zu lange haben sie den Neoliberalismus als All-Heilmittel für die Übel der Armut und des Mangels in ihren Ländern gesehen. Einige fanden eine Rechtfertigung in der Erschaffung von persönlichem Reichtum, der sie in die Reihe der reichsten Hundert Menschen der Welt des Magazins Fortune brachte. Aber die Bevölkerung ihrer Länder leidet und widersetzt sich jetzt. Im Widerstand der Bevölkerung gegen den Versuch Tatas die neue Autoindustrie nach Bengalen in Indien zu bringen, liegt ein symbolisches Zeichen, wohin die Zukunft weist, und die Führer tun gut daran, dieses Zeichen zu beachten.

Die Führer des Südens, die dachten, es gäbe keine andere Möglichkeit als die Integration in die globalisierte Welt, und sogar die, die von einer „fairen Globalisierung" sprachen, müssen einen Schritt zurücktreten und ihre Position revidieren.

Die Industriekapitäne und die Besitzer privater Vermögen im Süden könnten jetzt versucht sein, Vermögen und Banken im Norden billig zu erwerben. Es ist aber unwahrscheinlich, dass die Regierungen des Nordens, die sie verstaatlicht haben, dies zulassen werden. Dass sie soweit „entstaatlicht" werden, dass der Besitz und die Kontrolle in die Hände der Finanz- und Industrieriesen des Südens geraten.

China mag die Werkstatt der Welt sein, Indien ihr Kommunikationszentrum und Brasilien ihre Farm. Aber zu erlauben, dass China, Indien und Brasilien die Befehlszentren der Wirtschaft des Nordens besetzen, wäre für den Norden selbstmörderisch. Das Kapital des Südens wäre stattdessen besser und profitabler genutzt, wenn es in die Entwicklung des Südens investiert würde und zur Verbesserung der kollektiven Fähigkeit, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen. Was wir in den nächsten Jahrzehnten besonders zwischen den älteren Industrieländern des Nordens und den neu industrialisierten Ländern des Südens beobachten werden, ist ein verstärkter Wettbewerb um die globalen Ressourcen von Öl, Energie, Land, Wäldern, Wasser, Mineralien usw.

Der Kapitalismus hat über 400 Jahre Raubbau betrieben mit den verheerenden ökologischen Folgen der globalen Erwärmung, Dürren, Wassermangel, Bodenschäden, Waldsterben, Gletscherschmelzen, Destabilisierung des asiatischen Monsuns usw.

Dies hat zu Umweltmigration (wir haben also Umweltflüchtlinge ebenso wie wirtschaftliche und politische Flüchtlinge) und Landnutzungskonflikten geführt. Wir beobachten nicht nur das Abschmelzen des globalen Finanzmarkts, sondern auch des kapitalistischen und ökologischen Systems. Daher ist die letzte Lehre aus der gegenwärtigen Konjunkturkrise des Finanzsystems, dass die Führer des Südens sich in eine Diskussion mit ihrer Bevölkerung begeben müssen, im Versuch, eine andere Welt zu schaffen. Eine Welt, die auf einem anderen Paradigma gründet, im Gegensatz zu dem 400-jährigen kapitalistischen Paradigma, das sich jetzt in Auflösung befindet.

Yash Tandon, geschäftsführender Direktor des South Centre, Genf, ist der Autor von Ending Aid Dependence (Hilfsabhängigkeit beenden), das beim kürzlich abgeschlossenen, in Accra/Ghana gehaltenen 3. High Level Forum on Aid Effectiveness (Spitzenforum zur Wirksamkeit von [Entwicklungs-]Hilfe) herausgegeben wurde.

Übersetzung Bernt Lampe
Lektoriert Jutta Pflugmacher



Das schweizerische System der Altersvorsorge wird von vielen „Modernisierern" auf der ganzen Welt bewundert. Für die Lohnabhängigen fällt die Bilanz der 3 Säulen dagegen zwiespältig aus. Der Historiker Matthieu Leimgruber hat recherchiert, wie diese helvetische Dreiheiligkeit entstanden ist. Mit der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus wird die Suche nach einer grundsätzlichen Alternative zu diesem Modell ein dringliches Gebot. Von Peter Streckeisen.

Wie die Geschichte eines Landes geschrieben wird, ist entscheidend für das Verständnis der Gegenwart und der Zukunft. Wenn der Eindruck entsteht, es sei in der Vergangenheit nie etwas passiert bzw. die Geschichte habe zwangsläufig dahin führen müssen, wo sie letztendlich hingeführt hat, dann wird es schwierig, sich Veränderungen in der Zukunft vorzustellen. Kann dagegen aufgezeigt werden, dass die Vergangenheit aus Kämpfen um verschiedene Wege bestand, die die Geschichte hätte nehmen können, erscheint auch die Zukunft offener: Ein Blick zurück legt nahe, dass die Zukunft verschiedene Möglichkeiten enthält, für die es sich zu kämpfen lohnt. Das ist in einem Land wie der Schweiz, in dem scheinbar auf der politischen Bühne nie etwas Umwerfendes passiert, besonders wichtig.

Kritische Geschichte der Schweiz

Lange Zeit gab es denn auch kaum eine unabhängige und kritische Geschichtsschreibung über die moderne Schweiz. Eine Pionierrolle leistete Erich Gruner, der die elementare Tatsache ans Licht förderte, dass entgegen den damals in den politischen, wirtschaftlichen und literarischen Eliten zirkulierenden Behauptungen auch in der Schweiz des 19. Jahrhunderts ein Proletariat entstanden war, das Klasseninteressen verspürte und sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren begann. Etwas später zeigten kritische Historiker wie Jakob Tanner oder Hans-Ulrich Jost, wie sehr die Schweiz im Zweiten Weltkrieg mit der deutschen Kriegswirtschaft verbunden war und die „Neutralität" als diplomatisches Mittel benutzte, um mit beiden Kriegsparteien Geschäfte zu treiben. Feministische Historikerinnen wie Regina Wecker und Brigitte Studer warfen ein Licht darauf, wie die Rechte der Frauen in der „ältesten Demokratie der Welt" Jahrzehnte lang mit Füssen getreten wurden – natürlich mit dem Argument, man wolle die Frauen „schützen". In dieser kritischen Tradition steht auch die Dissertation von Matthieu Leimgruber. Er zeigt, dass das Dreisäulensystem keineswegs eingerichtet wurde, um existenzsichernde Renten im Alter zu gewähren, sondern umgekehrt: Es ging damals gerade darum zu verhindern, dass die AHV existenzsichernde Renten an alle zahlt.

Das Buch

Matthieu Leimgruber:
Solidarity without the State? Business and the shaping of the Swiss Welfare State, 1890-2000.
Cambridge University Press, 2008, 318 S.

Ein privater Sozialstaat

Nicht wenige Linke denken, dass es in der Schweiz gar keinen Sozialstaat gibt. Andere sind der Meinung, ein solcher sei erst durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung (1982), der Krankenversicherung (1994) und der Mutterschaftsversicherung (2003) entstanden. Es ist zwar richtig zu kritisieren, wie bescheiden in der Schweiz die sozialen Rechte der Lohnabhängigen geblieben sind, und wie sehr die Sozialpolitik davor zurückschreckt, die Interessen der Grossunternehmer, Bankiers und Investoren zu verletzen. Aber dabei darf nicht übersehen werden, dass der so genannte Sozialstaat – nicht nur in der Schweiz – zu einem Grossteil aus privaten Einrichtungen besteht, die mit Steuergeldern subventioniert und politisch mehr oder weniger reguliert werden. Matthieu Leimgruber zeichnet nicht nur die bereits bekannte Geschichte der AHV nach, er rückt auch die versteckte Entwicklung des Pensionskassensystems ins Licht. Bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts richteten grössere Unternehmen Pensionskassen ein. Bald schon konnten sie diese Aufwendungen von den Steuern abziehen. Zudem erwiesen sich die Vorsorgeeinrichtungen als nützliche Instrumente der Personalpolitik sowie als fruchtbares Terrain, um die Gewerkschaftsführungen als „Sozialpartner" zu vereinnahmen. Die Idee, sich an der Verwaltung der Altersguthaben im Rahmen eines „Volkskapitalismus" zu beteiligen, übte eine beträchtliche Anziehungskraft aus. Die Versicherungsgesellschaften (Winterthur, Rentenanstalt, Zürich, Bâloise, etc.) stiegen ins Geschäft ein, indem sie den kleineren und mittleren Unternehmen so genannte Gruppenversicherungen für ihr Personal anboten.

3 Säulen statt Volkspension

Die Forderung nach einer öffentlichen Altersvorsorge zählte zu den wichtigsten Themen des Generalstreiks von 1918; eingeführt wurde die AHV aber erst 1948. Dabei achteten der Bundesrat, die Wirtschaftsverbände und die Versicherungslobby darauf, dass die neue Sozialversicherung nicht in Konkurrenz zu den bestehenden privaten Einrichtungen trat, sondern einen Boden legte, auf dem sowohl die „Sozialpartnerschaft" als auch die privaten Geschäfte gut gedeihen konnten. Deshalb durfte die AHV auf keinen Fall existenzsichernde Renten auszahlen. Dieses Kalkül geriet in der Wirtschaftsexpansion der 1950/60er Jahre ins Wanken. Unter dem Druck steigender sozialer Bedürfnisse wurden die AHV-Renten erhöht; bis Anfang der 1970er Jahre gab es 8 Revisionen, allesamt mit Leistungssteigerungen. Ende der 1960er Jahre lancierten die PdA und die SP Schweiz je eine Volksinitiative, um die Einführung existenzsichernder Renten zu verlangen: die so genannte Volkspension. Das heutige Dreisäulenmodell wurde damals unter der Führung der Versicherungslobby ausgearbeitet und durch den Bundesrat als Gegenvorschlag zu den Initiativen vorgelegt. Im Dezember 1972 wurde dieses Modell in der Volksabstimmung deutlich angenommen. Die privaten Pensionskassen und Gruppenversicherungen wurden zu den Trägern der obligatorischen Zweiten Säule, und durch Steuerabzüge auf individuelles Alterssparen wurde eine Dritte Säule geschaffen.

Die Rolle der SP

Eine zentrale Rolle in dieser Auseinandersetzung hatte die SP gespielt. Sie war bereits 1943-54 im Bundesrat gewesen, mit den Finanzministern Ernst Nobs und Max Weber. Weber trat im Januar 1954 zurück, nachdem der sozialdemokratische Versuch einer Ausweitung der Bundesfinanzen zur Finanzierung sozialer Programme am bürgerlichen Widerstand gescheitert war. 1959 kehrte die SP mit zwei Vertretern in den Bundesrat zurück; als Zückerchen wirkte die Einführung der Invalidenversicherung (1960). Bis 1973 war nun der Sozialdemokrat Hans-Peter Tschudi für die Sozialversicherungen zuständig. Er führte mehrere AHV-Revisionen mit Leistungsverbesserungen durch. Aber unter seiner Regie wandte sich die Führung der SP Schweiz vom Konzept der Volkspension ab und unterstützte das Dreisäulenmodell in der Volksabstimmung. Die SP hatte sich der Bourgeoisie als nützlicher Junior Partner erwiesen. Auch die Gewerkschaftsführungen zeigten wenig Bereitschaft, das „sozialpartnerschaftliche Pensionskas-

sensystem" einer umfassenden Sozialversicherung zu opfern.

System in der Krise

Das hoch gelobte 3-Säulen-System befindet sich heute in zweifacher Hinsicht in einer tiefen Krise. Zum einen wird es dem in der Bundesverfassung verankerten Anspruch nicht gerecht, allen Menschen einen finanziell gesicherten Ruhestand in Würde zu garantieren. Die AHV zahlt Vollrenten in der Höhe von 1'105 bis 2'210 Franken pro Monat; die Armutsgrenze liegt laut Bundesamt für Statistik aber bei 2'200 Franken und wird daher in den meisten Fällen durch die Erste Säule nicht erreicht. Über 10 Prozent der Rentnerinnen und Rentner sind denn auch auf sozialhilfeähnliche Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen. Die Altersarmut trifft viele Frauen, die auf Grund von Teilzeitarbeit, tieferer Erwerbseinkommen als die Männer und/oder familienbedingter Erwerbunterbrüche oft nur wenig aus der Zweiten Säule erhalten. Weniger als 20 Prozent der Rentenzahlungen der Zweiten Säule gehen an Frauen. Allgemein ist festzuhalten, dass vor allem die finanziell besser gestellten Rentnerinnen und Rentner von der Zweiten und Dritten Säule profitieren. Die ärmere Hälfte der Menschen im Ruhestand muss dagegen mit maximal 3'000 Franken pro Monat auskommen und bezieht über 90 Prozent dieser bescheidenen Einkommen aus AHV und EL. Zum anderen ist mit dem Ausbruch der Krise an den Finanzmärkten das seit langer Zeit gepredigte Märchen entlarvt worden, die Zweite Säule sei finanziell stabiler als die AHV. Am 20. Juli 2008 berichtete die SonntagsZeitung, die Pensionskassen hätten seit Jahresbeginn 55 Milliarden Franken verloren – etwa 10 Prozent der verwalteten Altersguthaben. Nur einen Monat nach dem Konkurs von Lehman Brothers war in der NZZ (14. Oktober 2008) zu lesen, 40 bis 45 Prozent der privatrechtlichen Pensionskassen befänden sich in Unterdeckung (bei den öffentlichen Pensionskassen sieht es oft nicht besser aus). Je nach Verlauf der Krise ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass der Staat mit Milliardenbeträgen zur Stützung von Pensionskassen in finanzieller Notlage eingreifen wird. Bundesrat und Versicherungslobby haben damit ihr Hauptargument eingebüsst, um Kürzungen bei der AHV mit dem Verweis auf die scheinbar gesicherten Leistungen der Zweiten Säule zu rechtfertigen.

Patt oder Alternative

Nachdem sowohl die 11. AHV-Revision als auch die AHV-Initiative der Gewerkschaften in Volksabstimmungen gescheitert sind, gibt es bei der AHV eine politische Pattsituation: Der Bundesrat hat Mühe, seine Pläne für weitere Kürzungen – zuvorderst die Erhöhung des Frauenrentenalters – durchzusetzen, aber zugleich bleiben die SP und die Gewerkschaften mit ihren Verbesserungsvorschlägen, wie bescheiden diese auch sein mögen, erfolglos gegen die kombinierte Kampagnenmacht der Behörden und der Versicherungslobby. Bei der Zweiten Säule setzt der Bundesrat inakzeptable Massnahmen als Antwort auf die Krise durch und trifft kaum auf Widerstand. So wurde der Mindestzinssatz auf die Altersguthaben von 2.75 auf 2 Prozent gesenkt (per 1. 1. 2009); bis Ende der 1990er Jahre lag er noch bei 4 Prozent – die Halbierung wird zu massiven Renteneinbussen führen. Und neuerdings dürfen die Pensionskassen bis zu 15 Prozent der verwalteten Vermögen in „strukturierte Produkte" anlegen – also auch in Hedge Fonds und „Finanzinnovationen", deren Spekulationsblase mit der gegenwärtigen Krise geplatzt ist (NZZ 4. Dezember 2008). Beide Entscheide wurden von der BVG-Expertenkommission, in der auch die Gewerkschaften vertreten sind, einstimmig (!) gutgeheissen. Es wird somit immer deutlicher, dass nur ein Systemwechsel in der Altersvorsorge die heute düsteren und ungewissen Aussichten für die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner – das sind wir alle – wirklich verbessern könnte. Die Grundidee der Volkspension ist von neuem aufzugreifen: Es braucht einen Ausbau der AHV auf existenzsichernde Renten, dann kann die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung getrost auf eine Zweite und eine Dritte Säule verzichten. Mehrheitsfähig ist das kurzfristig in einer Volksabstimmung wohl nicht; es kommt aber darauf an, ein überzeugendes Konzept für die Überwindung des 3-Säulen-Modells zu erarbeiten und ein breites politisches Bündnis für dessen Umsetzung zu schmieden. Zwischen dem Generalstreik von 1918 – mit der Forderung nach einem gesicherten Ruhestand – und der Einführung der AHV sind drei Jahrzehnte mit hartem politischem Kampf um die Altersvorsorge verflossen; für soziale Errungenschaften muss oft lange gekämpft werden – aber vielleicht lohnt sich das letztlich mehr als der Einsatz für kleinere Retuschen an einem insgesamt unsozialen System, den SP und Gewerkschaften sein einigen Jahren weitgehend ohne Erfolg leisten.



Peter Streckeisen, Soziologe an der Universität Basel und Mitglied von Attac.

>>> Israels Angriff auf den Gazastreifen beruht auf falschen Annahmen >>>

Aufgrund der tagespolitischen Brisanz drucken wir zwei kritische Artikel über den militärischen Konflikt im Gaza ab. Der erste Artikel von Tom Segev, erschienen im Tages Anzeiger (30.12.2008), plädiert für die Gesprächsaufnahme zwischen Israel und den Hamas. Das Interview vom Deutschlandfunk mit Rolf Verleger (29.12.2008) betont die Wichtigkeit des internationalen Drucks auf Israel für die Beendigung des Konfliktes.



Die Hamas lässt sich keine Lektion erteilen

Von Tom Segev

Das israelische Fernsehen hat am Samstagmorgen eine interessante Mischung gesendet: Die Korrespondenten des Senders berichteten aus Sderot und Ashqelon, aber die Bilder auf dem Schirm stammten aus dem Gazastrefen. So strahlte das Fernsehen, wenn auch unbeabsichtigt, die richtige Botschaft aus: Ein Kind in Sderot ist gleich wie ein Kind in Gaza, und wer immer einem Kind, egal wo, Schaden zufügt, ist böse.

Doch der Angriff auf Gaza ruft nicht zuerst und vor allem nach moralischer Verurteilung – er verlangt nach einigen historischen Reminiszenzen. Sowohl die Rechtfertigung wie die Ziele des Angriffes sind die Wiederholung der selben Thesen, die sich Mal für Mal als falsch erwiesen haben. Und doch zieht Israel sie wieder und wieder aus dem Hut, in einem Krieg nach dem andern. Israel schlägt auf die Palästinenser, um «ihnen eine Lektion zu erteilen». Das ist eine These, die den Zionismus seit seinen Anfängen begleitet: Wir sind die Vertreter des Fortschritts der Aufklärung, der hohen Rationalität und Moral, während die Araber ein primitiver, gewalttätiger Haufen sind, ungebildete Kinder, die erzogen und Weisheit gelehrt werden müssen – mit der Methode von Zuckerbrot und Peitsche, wie es der Eseltreiber mit seinem Vierbeiner macht.

Die Bombardierung Gazas soll auch «das Regime der Hamas liquidieren» – entsprechend eines anderen Postulats, das mit der zionistischen Bewegung seit den Ursprüngen einhergeht: Dass es möglich ist, den Palästinensern eine «moderate» Führung aufzuzwingen, eine Führung, die ihre nationalen Aspirationen aufgibt. Israel hat immer geglaubt, dass es palästinensische Zivilisten dazu bringen könne, sich gegen ihre eigene Führung zu erheben, wenn man die Bevölkerung leiden lasse. Diese Annahme hat sich wiederholt als falsch herausgestellt.

Israel hat alle Kriege aufgrund einer weiteren Annahme geführt, die es seit der Staatsgründung hegt: Dass wir lediglich uns selbst verteidigen. «Eine halbe Million Israeli unter Feuer», titelte am Sonntag die Boulevardzeitung «Jedioth Ahronoth» – so als wäre der Gazastreifen nicht seit längerem Ziel einer Belagerung, die eine ganze Generation von Palästinensern der Chance beraubt, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.
Zugegeben, es ist nicht möglich, unter täglichem Raketenbeschuss zu leben, selbst wenn es heute auf der Welt kaum einen Ort mehr gibt, wo es sich ohne jeden Terror leben lässt. Doch die Hamas ist keine Terroristenorganisation, welche die Bewohner Gazas als Geiseln hält: Sie ist eine religiös motivierte nationalistische Bewegung, und eine Mehrheit der Bewohner Gazas glaubt an ihren Weg. Sicher kann man sie attackieren, und angesichts des Umstandes, dass Wahlen zur Knesset anstehen, könnte dieser Angriff sogar zu einer Art Waffenstillstand führen. Aber da ist noch eine weitere historische Wahrheit, an die zu erinnern sich in diesem Zusammenhang lohnt: Seit den Anfängen der zionistischen Präsenz im Lande Israel hat keine militärische Operation je einen Dialog mit den Palästinensern bewirkt.

Gesprächsstoff gäbe es

Die gefährlichste aller Annahmen aber ist der Gemeinplatz, dass es auf der anderen Seite niemanden gibt, mit dem man sprechen könnte. Das war nie der Fall. Es gibt Mittel und Wege, mit der Hamas zu reden, und Israel könnte der Organisation sogar etwas anbieten: Ein Ende der Belagerung Gazas und die Erlaubnis von Bewegungsfreiheit zwischen Gaza und dem Westjordanland könnte den Alltag im Küstenstreifen wieder normalisieren.

Gleichzeitig würde es sich lohnen, die alten Pläne abzustauben, die nach dem Sechs-Tage-Krieg ausgearbeitet wurden und laut denen Tausende von Familien von Gaza in die Westbank hätten umziehen können. Diese Pläne wurden nie verwirklicht, weil das Westjordanland als jüdisches Siedlungsgebiet vorgesehen war. Das war die schändlichste aller Arbeitsthesen.

Der Historiker Tom Segev ist Kolumnist von «Haaretz» und Autor mehrerer grundsätzlicher Werke zur israelischen Geschichte. Zuletzt erschien von ihm: «Die ersten Israeli. Die Anfänge des jüdischen Staates».

Quelle: Tages Anzeiger 30.12.2008



Fotos: www.nahostfrieden.ch: Solidaritätsdemo in der Schweiz

>>> Die internationale Politik sollte Israel Grenzen zeigen >>>

Ex-Vorsitzender der jüdischen Gemeinschaft Schleswig Holstein fordert israelisches Einlenken

Rolf Verleger im Gespräch mit Tobias Armbrüster

Rolf Verleger, heute Professor für Neurophysiologie an der Universität Lübeck, kritisiert die Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gaza-Konflikt. Die Verantwortung allein der Hamas zuzuschieben sei aufgrund der komplexen Vorgeschichte zu einfach.

Rolf Verleger: Da macht es sich unsere Bundeskanzlerin zu einfach. Die Vorgeschichte ist komplex, ich würde sie gern anhand von vier Fragen verdeutlichen. Erste Frage wäre: Die Tatsache, dass keiner meiner Grosseltern das Dritte Reich überlebt hat, gab das 1947/48 den jüdischen Freischärlern und der israelischen Armee das Recht, hunderttausende Araber aus Israel zu vertreiben? Eine zweite Frage: Die Arisierung des Berliner Grundstücks meines Urgrossvaters unter Hitler, gab sie dem Staat Israel das Recht, Anfang der 50er-Jahre den Boden und Besitz der arabischen Vertriebenen zu konfiszieren? Drittens: Die Ermordung meiner Onkel und Tanten durch die SS, gibt sie dem Staat Israel das Recht, seit 40 Jahren die Diktatur eines Besatzungsregimes auszuüben? Oder: Die Erschiessung meiner Grossmutter Hannah dafür, dass sie in Berlin ohne gelben Stern zum Frisör ging, gibt sie dem Staat Israel aktuell das Recht, die Bevölkerung Gazas auszuhungern und zu bombardieren? Allgemein: Gibt die Tatsache, dass wir europäischen Juden Opfer eines grossen Unrechts wurden, dem jüdischen Staat vor Gott und den Menschen das Recht, nun anderen Unrecht zu tun? Das ist doch die Frage. Und da macht es sich Frau Merkel ein bisschen einfach, wenn sie sagt, Israel hat immer Recht.

Tobias Armbrüster: Nun sagt die israelische Seite: Wir haben eigentlich überhaupt kein Interesse an Krieg, wir würden gerne in Frieden mit allen unseren Nachbarn leben, auch mit den Palästinensern, und die Hamas sagt genau das nicht. Dort heisst es nach wie vor: Wir akzeptieren den Staat Israel nicht. Kann man vor diesem Hintergrund nicht die israelische Reaktion und die gegenwärtige Militäroffensive gegen die Hamas verstehen?

Verleger: Der Friedensplan für Nahost liegt längst auf dem Tisch. Die besteht in der Zwei-Staaten-Lösung auf den Grenzen von 1967, in einer einvernehmlichen Regelung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge, in einer einvernehmlichen Regelung über Jerusalem. Das ist alles längst klar. Das haben die arabischen Staaten Israel 2002 vorgeschlagen und noch mal bekräftigt. Israel ist damit nicht einverstanden, weil Israel sich nicht entscheiden kann, was es will, ob es nämlich das besetzte Land nicht lieber behalten will im Westjordanland. Da geht eine fortwährende Besetzung und Landnahme vor sich. Und solange Israel nicht sagt, ja, wir wollen lieber Frieden, wir geben das Besatzungsregime auf, so lange wird es keinen Frieden geben. Und solange Gaza blockiert wird - mein Gott, das wird hier so runtergespielt! Die Blockade Gazas ist das Gleiche wie die Blockade Sarajewos in den 90er-Jahren durch die jugoslawische Armee. Da kam auch keiner durch, da wurde auch niemand reingelassen. Das geht in Gaza seit über zwei Jahren, und die führenden Leute, die das damals gemacht haben, sind in Den Haag als Kriegsverbrecher verurteilt worden.

Armbrüster: Jetzt höre ich da deutliche Kritik von Ihnen an der israelischen Regierung heraus, im Zentralrat der Juden hat man da eine etwas andere Meinung. Dort wird vor allem der Terror der Hamas betont. Was würden Sie sagen: Verfolgen Ihre Kollegen im Zentralrat da den falschen Kurs?

Verleger: Meine Kollegen im Zentralrat sagen das, was die überwiegende Mehrheit der Juden in Deutschland so denkt, und das ist dann auch natürlich die Verpflichtung der Repräsentanz, das auch so wiederzugeben. Ich denke, dass das kurzsichtig und verkehrt ist und das, was da passiert im Namen des Judentums, ist in dieser Zeit und in der Zukunft ein solches Problem für das Judentum. Das Judentum hiess mal "die Religion der tätigen Nächstenliebe", ja? Das glaubt mir doch kein Mensch mehr, wenn ich das heute sage. Heute ist das Judentum eine Religion, die Landnahme und die Unterdrückung der Araber rechtfertigt. Das kann doch nicht wahr sein! Das muss doch der Zentralrat der Juden in Deutschland als Problem sehen, dass man dagegen halten muss.



Armbrüster: Aber viele Juden sehen den Staat Israel ja nach wie vor auch als möglichen Rückzugsort, wenn es mal wieder zu einer Katastrophe kommt. Ist es da nicht völlig verständlich, wenn Juden sagen, wir unterstützen diesen Staat auch mit seiner teilweise sehr umstrittenen Politik?

Verleger: Ja, es ist irgendwo verständlich, aber die Geschichte geht weiter, ja? Wir sind nicht mehr die Opfer, vor 60 Jahren in Israel, und ich meine, die wenigsten Ihrer Hörer sind Juden. Ich finde, man sollte auch über die Seelenlage der deutschen Nichtjuden ein wenig reden. Ich denke ... Ich meine, man kann ja verstehen, wenn man als deutscher Politiker auch heute noch sagt, nein, den jüdischen Staat, den kritisiere ich nicht öffentlich. Das ist uns als Deutsche irgendwie nicht gegeben. Aber dann kann man doch wenigstens ruhig sein! Glaubt man denn, es hilft irgendwie der Zukunft des jüdischen Staates, dass jetzt Israel haltlos und bildungslos alles machen darf, was ihm so gerade einfällt? Ich denke, es würde Israel wirklich gut tun, wenn die internationale Politik Israel seine Grenzen zeigen würde und sagen würde, Leute, gebt endlich diese Besetzung auf. Wenn ihr nach Europa kommen wollt, dann geht das nicht, dass da weiter nicht mal die Grenzen des Staates Israel bis heute definiert sind. Und ich habe so ein bisschen manchmal das Gefühl bei unseren Politikern, man sieht es ganz gern, dass die anderen und die Juden so auch nicht besser sind. Das zeigt uns doch, dass ... Das trägt zur Entlastung Deutschlands bei, wenn denn die Juden auch solche Sachen machen, und so hat man so ein gewisses Behagen, dass Israel so auf die schiefe Bahn rutscht. Verantwortungsvoll ist das nicht. Verantwortungsvoll wäre, Israel zu sagen: So muss man international miteinander umgehen und an die Spielregeln hat sich jeder zu halten.

http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/897682/

>>> Referendum gegen Rentenkürzung >>>

Die Gewerkschaft Unia kündigt das Referendum gegen Rentenkürzung an - attac Schweiz unterstützt die Gewerkschaft, strebt aber schlussendlich die Überwindung des Drei-Säulen-Systems an.



Im Trubel der Finanzmärkte haben die Schweizer Pensionskassen ca. 60 Milliarden Franken verloren. Dies entspricht 10% des Kapitals der privaten Kassen – oder richtiger ausgedrückt: der Ersparnisse der Lohnabhängigen! Der Bundesrat hat darauf folgend entschieden, den minimalen Rentenumwandlungssatz von 7.05% (Männer) bzw. 7.1% (Frauen) bis 2015 auf 6.4% zu reduzieren. Im Durchschnitt bedeutet diese Senkung einen Rentenausfall von 10%.

Unia hat am 17. Dezember 2008 entschieden, das Referendum gegen diese Gesetzesrevision zu ergreifen, die sinkenden Kapitalmarktrenditen sollen nicht die RentnerInnen bezahlen.

Attac Schweiz unterstützt das Referendum. Ein Referendum scheint hier und jetzt das einzige Instrument zu sein, die Prekarisierung der Lebensbedingungen der RentnerInnen zu bekämpfen.

Doch unsere Kritik geht über die Senkung des Umwandlungssatzes hinaus. Wir stellen das gesamte Drei-Säule-System in Frage (vgl. „Drei Säulen in der Krise" in diesem Heft): Wie können die AHV-Renten existenzsichernd gestaltet werden? Welche Vorteile bringt das Umlageverfahren der ersten, welche Nachteile das Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule? Und schlussendlich: Welche Alternativen können diesem System entgegnet werden?

Attac Schweiz wird sich in den nächsten Monaten für die Unterschriftensammlung gegen die Rentenkürzung einsetzten und alternative Modelle für ein soziales und solidarisches Rentensystem erarbeiten.

Unterstützen Sie das Referendum und unterschreiben Sie den beiliegenden Bogen.

Kontakt

Auf einen Artikel reagieren? Einen Text zur Veröffentlichung vorschlagen? Bei attactuell mitmachen? Gerne! Kontaktadresse: attactuell@attac.org, oder über eine der drei Deutschschweizer attac-Sektionen:

attac basel,
Postfach, 4002 Basel, basel@attac.org,
www.local.attac.org/basel
attac bern,
Postfach 520, 3000 Bern 9, bern@attac.org,
www.attac-bern.ch
attac zürich, 8000 Zürich, zurich@attac.org,
www.local.attac.org/zurich

Wer sich für die Mitarbeit in einer attac-Sektion interessiert oder auch einfach einmal reinschauen möchte, ist jederzeit herzlich willkommen. Infos über geplante Termine und Sitzungen sind bei den Gruppen erhältlich. Bis bald!